

Tarifautonomie Rolle des Staates

Kurt Beck hat mit seiner Anregung, daß die Arbeitnehmer in Analogie zu den Rentnern auf Einkommenszuwächse oberhalb der Inflationsrate verzichten, in ein Wespennest gestochen. Die Kommentare von Wissenschaft und Politik reichen von „Unsinn“ bis zur ungeteilten Zustimmung. Selbstverständlich fehlt auch der Vorwurf der Einmischung in die Tarifautonomie nicht, woraufhin die Regierung sofort den Kopf in den Sand gesteckt hat und sich an der Diskussion überhaupt nicht beteiligen will. Dies ist aber unredlich, denn schließlich orientiert sie sich mit dem Bündnis für Arbeit an korporatistischen Modellen von Ländern, in denen der Staat sehr wohl Einfluß auf die Lohnpolitik nimmt. Die Einflußnahme des Staates ist auch konsequent, denn das System der Tarifpolitik über Verbände schließt Verträge zugunsten, aber auch zu Lasten Dritter, deren Interesse der Staat wahrzunehmen hat.

Das Bündnis für Arbeit wird ohne nennenswerten Einfluß auf die Arbeitslosigkeit bleiben, wenn dort die zukünftige Konstellation deutscher Tarifpolitik nicht diskutiert wird und es nicht gelingt, das deutsche Lohnfindungssystem durch Dezentralisierung wettbewerbsfähig zu machen. Der Becksche Vorschlag hat dann seinen Zweck erfüllt, wenn die laufende Diskussion dies vermitteln kann. Daß Lohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts prinzipiell notwendig sind, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, ist unstrittig. Ebenso gilt aber auch, daß Lohnpolitik differenziert erfolgen muß. Unternehmen und Branchen, die gut im Wettbewerb positioniert sind, können und sollen auch höhere Lohnzuwächse ermöglichen als gewinnschwache Wirtschaftszweige. Wer Flächentarife mit ihrem Lohnleitliniencharakter beibehalten will, muß Sorge tragen, daß die Interessen der schwachen Unternehmen, vor allem aber der gering produktiven Arbeitnehmer vertreten sind. Und das kann nur der Staat als Vertreter der Gesamtgesellschaft, die schließlich die Kosten einer verfehlten Lohnpolitik zu tragen hat. ww

Altautos

Gescheiterte Entsorgungsrichtlinie

Der Richtlinienvorschlag der Europäischen Union zur kostenlosen Entsorgung von Altautos ist auf der letzten Sitzung der EU-Umweltminister in Brüssel gescheitert. Umweltminister Jürgen Trittin wurde vom Bundeskanzler angewiesen, die Richtlinie abzuleh-

nen. Die Richtlinie besagt, daß alle Kfz-Hersteller vom Jahr 2003 an sämtliche zur Verschrottung anstehenden Autos kostenlos zurücknehmen müssen.

Es wird von allen Seiten grundsätzlich nicht bestritten, daß eine Rücknahme der Altautos durch die Hersteller umweltpolitisch sinnvoll ist. Die Hersteller haben dadurch Anreize, die Autos so zu produzieren, daß sie leicht wiederverwertbar sind. Das bedeutet einerseits, daß sie leicht und wenig lohnintensiv zu demontieren sind und andererseits, daß sie mit umweltschonenden Materialien gebaut sind. Die Abfallmenge dürfte dadurch reduziert werden. Zusätzlich sinkt die Gefahr, daß die alten Autos am Straßenrand oder in der freien Natur entsorgt werden.

Noch Anfang des Jahres herrschte in Brüssel Einigkeit, daß die Richtlinie wohl ohne Schwierigkeiten verabschiedet werden würde. Erst in letzter Minute hat die deutsche Autoindustrie die Regierung dazu veranlaßt, der Richtlinie nicht zuzustimmen, weil sie keine Rücklagen gebildet habe und sich eine kostenlose Rücknahme-Garantie nur für Neuwagen vorstellen könne. Das Argument mag nicht ganz von der Hand zu weisen sein, da die Autos in der Vergangenheit noch nicht ausreichend unter dem Aspekt der Wiederverwertung hergestellt wurden. Unverständlich ist allerdings, daß die Autoindustrie erst zu einem so späten Zeitpunkt so massiv gegen die Richtlinie eingewirkt hat, zumal ihr bereits seit langem bekannt war, daß eine rückwirkend geltende Altauto-Richtlinie auf sie zukommt. cw

EU-Lateinamerika

Warten auf WTO

Daß das Gipfeltreffen der EU- und lateinamerikanischen Regierungschefs in Rio überhaupt stattfand, ist schon ein Erfolg. Denn seit seiner Ankündigung vor zwei Jahren haben sich die Rahmenbedingungen auf beiden Seiten geändert. In Europa stehen die eigenen Probleme im Vordergrund, und in Lateinamerika stellen wirtschaftliche und soziale Krisen die erreichte Stabilität und Entwicklung in Frage. Nach der brasilianischen Abwertung ging der Handel im erfolgsverwöhnten MERCOSUR schlagartig um ein Viertel zurück.

Neben den zahlreichen Absichtserklärungen der 48 Konferenzteilnehmer zu allgemeinen Themen, von Menschenrechten bis Tourismusförderung, sind die konkreten Vereinbarungen, insbesondere zu strittigen Wirtschaftsfragen eher bescheiden. Das gilt vor allem für das seit 1995 geplante Freihandelsabkommen EU-MERCOSUR. Noch immer sind EU-Länder, nament-

lich Frankreich und Deutschland, nicht bereit, die Forderung der MERCOSUR-Länder nach Öffnung der EU-Agrarmärkte zu akzeptieren. Andererseits fürchtet die brasilianische Industrie um ihren Schutz vor der europäischen Konkurrenz.

Unter diesen Umständen ist der Beschluß der EU-Regierungschefs und ihrer Amtskollegen aus den MERCOSUR-Ländern und Chile, im kommenden November Verhandlungen über nicht-tarifäre Handelshemmnisse und Technologiefragen beginnen zu lassen, denen ab Juli 2000, in Abstimmung mit dem Fortgang der bevorstehenden WTO-Millennium-Runde, Verhandlungen über einen Zollabbau folgen sollen, bereits ein Erfolg. Sollten sich die Dinge wie erhofft entwickeln und weder die Umsetzung der Agenda 2000 noch die Osterweiterung der EU zu neuen Schwierigkeiten führen, kann bis 2005 mit einem Abschluß gerechnet werden.

Aus der Verknüpfung mit der WTO-Runde ergibt sich allerdings die Frage, welcher Spielraum für ein interregionales Präferenzabkommen zwischen der EU und MERCOSUR bzw. Lateinamerika übrigbleibt. Daß dieser Vorbehalt auch für die von Präsident Clinton initiierte Gesamtamerikanische Freihandelszone gelten wird, ist für die europäische Konkurrenz nur ein schwacher Trost. gl

Japan

Wachstumsschwäche überwunden?

Ein sprunghafter Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um rund 8% in laufender Jahresrate, wie in den ersten Monaten dieses Jahres, ist in Japan zwar nicht neu, aber doch ungewöhnlich. Drei Jahre zuvor gab es bereits, fiskalisch bedingt, einen ähnlichen „Sprung“ – gefolgt von einer langen Rezession. Sie wurde trotz einer sehr expansiv angelegten Wirtschaftspolitik erst zu Jahresbeginn überwunden. Der jüngste Anstieg der Produktion leitet sicherlich nicht, wie damals, eine Schwächephase ein. Zu Euphorie, wie sie an der Börse mit einer Steigerung der Aktienkurse seit Jahresbeginn um fast 50% ausgebrochen zu sein scheint, bietet er jedoch ebenfalls kaum Anlaß. Die Kräfte für einen selbsttragenden Aufschwung sind noch zu schwach.

Die Regierung plant denn auch weitere Stützungsprogramme. Angesichts der in den letzten Jahren stark angeschwollenen Budgetdefizite und Staatsschulden besteht jedoch die Gefahr sinkenden Vertrauens in die Solidität der Finanzpolitik und daher abnehmender Multiplikatoreffekte. Darüber hinaus stellt eine Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar einen

erheblichen Risikofaktor dar. Sie wird sich kaum über längere Zeit durch Interventionen am Devisenmarkt verhindern lassen. Im Gegenteil: je mehr die Regierung sich bemüht, auf diese Weise den Kurs des Yen niedrig zu halten, um so stärker wird der Aufwertungsdruck werden. Angesichts hoher Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz dürften die Interventionen auch wieder zu handelspolitischen Konflikten mit den USA führen.

Doch selbst wenn diese Risikofaktoren nicht virulent werden und die Konjunktur nachhaltig aufwärtsgerichtet bleibt: Die für die neunziger Jahre typische Wachstumsschwäche in Japan ist wesentlich strukturell bedingt. Sie läßt sich nur durch eine weitere Umsetzung von Strukturreformen überwinden. Bis diese aber eine „Wachstumsdividende“ erbringen, dauert es erfahrungsgemäß geraume Zeit. wt

USA

Zinserhöhung nicht unerwartet

Die amerikanische Zentralbank hat Ende Juni den Zielzinssatz für die Federal Funds, zu dem die Banken untereinander über Nacht Geld leihen, um einen Viertelprozentpunkt auf 5,0% heraufgesetzt. Mit dieser ersten Zinserhöhung seit mehr als zwei Jahren machte sie nach eigener Aussage zum Teil die Zinssenkungen vom vergangenen Herbst wieder rückgängig, die wegen der Turbulenzen an den Finanzmärkten erfolgt waren.

Nach der Beruhigung an den Finanzmärkten ist für die Geldpolitik wieder der Blick auf die konjunkturelle Dynamik in den Vordergrund gerückt. Hier haben sich in den vergangenen Monaten die Risikofaktoren verstärkt: So lassen die preisdämpfenden Einflüsse seitens der Weltmärkte nach, und die Nachfrage aus dem Ausland, die im Gegensatz zur Binnennachfrage lange Zeit gedrückt gewesen war, dürfte mit der konjunkturellen Erholung bei wichtigen Handelspartnern wieder kräftiger werden. Bei anhaltender Vollausslastung der Ressourcen wächst daher die Gefahr, daß vor allem am Arbeitsmarkt inflationsfördernde Tendenzen aufflammen.

Die Zinserhöhung kam daher nicht unerwartet. Daß der Zinsschritt angezeigt war, dokumentiert nicht zuletzt die Entwicklung der langfristigen Zinsen: ihr Aufwärtstrend, der schon seit dem Jahreswechsel das Aufkommen von Inflationserwartungen signalisiert hatte, setzte sich nach der Zinsentscheidung der Federal Reserve nicht mehr fort. Die Maßnahme der Federal Reserve wird offensichtlich als ein präventiver, stabilitätsorientierter Schritt einer „wachsamen“ Geldpolitik verstanden. cb